Gemeinsamer Prüfauftrag aller Fraktionen und des Stadtverordneten Hans Georg Frank

oder

Gemeinsamer Prüfauftrag der Fraktionen von FW, CDU, SPD, Grüne, FBLL, FDP und des Stadtverordneten Hans Georg Frank

oder

SPD Laubach, Stadtverordnetenfraktion

Bündnis 90/Die Grünen Laubach, Stadtverordnetenfraktion

(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Der Magistrat soll umgehend prüfen, ob dem Verlag/dem Herausgeber des Laubacher Anzeigers, (amtliches Bekanntmachungsblatt der Stadt Laubach) vom Magistrat untersagt werden kann, Anzeigen und/oder Beilagen von rechtsextremistischen Parteien im Laubacher Anzeiger zu veröffentlichen. Zu rechtsextremen Parteien gehören derzeit NPD, DVU, Republikaner, Pro Köln, Pro NRW und AfD. Die Stadtverordnetenversammlung will solche Anzeigen oder Beilagen nicht mehr im Auftrag und auf Kosten der Stadt Laubach an jeden Laubacher Haushalt verteilen lassen.

Falls dies mit dem derzeit geltenden Vertrag zwischen Stadt und Verlag/Herausgeber nicht möglich ist, sollen umgehend mit dem Verlag/Herausgeber die zu schaffenden Voraussetzungen geklärt und in die Wege geleitet werden, um die oben aufgeführten Anzeigen und/oder Beilagen künftig zu verhindern.

Die Angelegenheit ist unaufschiebbar wegen der anstehenden Bundestagswahl im September und der gleichzeitig stattfindenden Wahl des Landrats/der Landrätin im Landkreis Gießen.

Die finanziellen Folgen für die Stadt können zurzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Aus der Unaufschiebbarkeit und dem Termin der beiden Wahlen ergibt sich die Dringlichkeit.

Ulf Häbel

Milena Dietz

Hartmut Röschen

Michael Köhler

Dirk Hofmann

Florian Kempff

Hans Georg Frank